

»Wir denken, daß Oury Jalloh ermordet wurde«

Frederick Douglass ist Mitglied der Initiative Gedenken an Oury Jalloh und Mitorganisator der Demonstration am 1. April in Dessau

F: Am 1. April findet in Dessau eine bundesweite Demonstration in Gedenken an Oury Jalloh statt. Der 21jährige Flüchtling aus Sierra Leone starb am 7. Januar 2005 in Polizeigewahrsam. Können Sie die Umstände noch einmal kurz darstellen?

Oury Jalloh wurde am morgen des 7. Januar letzten Jahres in Dessau festgenommen. Aus unserer Sicht handelte es sich um eine rassistisch motivierte Verhaftung. Auf dem Polizeirevier nahmen sie ihm Blut ab, brachten ihn in eine Zelle und fesselten ihn auf die Pritsche. An Händen und Füßen. Vier Stunden später war er tot. Er verbrannte unter ungeklärten Umständen in der Zelle. Wir denken, daß Oury Jalloh ermordet wurde. Für uns reicht allein die Art der Mißhandlung, um von Mord sprechen zu können.

F: Polizei und Staatsanwaltschaft behaupteten, daß er sich selbst angezündet hat. Wird diese Behauptung auch heute noch aufrechterhalten?

Ja. Der angebliche Beweis dafür waren Reste eines Feuerzeuges, die in der Zelle gefunden wurden. Sie behaupten, alle anderen Möglichkeiten seien ausgeschlossen und ermitteln nur in diese Richtung. Wer einen Selbstmord in Frage stellt und die Widersprüche, also vor allem die Fixierung auf der Pritsche an Händen und Füßen, benennt, wird kriminalisiert. Einem Freund des Toten, der sich für die Aufklärung der Vorfälle einsetzt, wurde in Dessau der Telefonladen geschlossen - aus öffentlichem Interesse. Angeblich hat er sich nicht genügend gegen die Präsenz von Drogendealern im Umfeld seines Ladens eingesetzt. Auch bei der Vorbereitung der Demonstration werden wir kriminalisiert. Man hat uns als »gewaltorientiert« eingestuft und hohe Auflagen erteilt, gegen die wir gerade gerichtlich vorgehen.

F: Wie sind die Ermittlungen gegen die beteiligten Polizisten gelaufen?

Lächerlich. Die zwei Beamten sind immer noch auf freiem Fuß. Sie kamen noch nicht einmal in Untersuchungshaft und dürfen ihren Beruf wohl weiter ausführen. Der eine wurde versetzt, der andere zeitweise suspendiert. Nun wird behauptet, daß der Hauptverantwortliche, der Polizist Andreas S., auch bei korrektem Handeln keine Zeit gehabt hätte, das Leben von Oury Jalloh zu retten. Sollte das, wie auch immer, bewiesen werden, wird es zu keinem Verfahren mehr kommen.

F: Das heißt, das Hauptverfahren steht eigentlich noch aus?

Theoretisch ja, und wir fordern, daß es möglichst schnell eröffnet wird. Allerdings werden die Eltern von Oury Jalloh, die in Guinea leben, nicht als seine Eltern anerkannt. Deshalb können sie nicht als Nebenkläger auftreten. Das heißt, fast 15 Monate nach dem Tod von Oury Jalloh gibt es keine Nebenklage. Mit unserer Demonstration fordern wir, daß es dennoch zum Verfahren kommt. Wir wollen Aufklärung und einen Prozeß, den wir verfolgen und beobachten können. Das fordern auch die Eltern, und sollte es dazu kommen, wollen wir dafür sorgen, daß sie teilnehmen können.

F: Polizeigewalt oder zumindest rassistisch motivierte Polizeimaßnahmen gegen Flüchtlinge kommen häufig vor, werden aber selten öffentlich ...

Das stimmt, in der Regel folgt Schweigen. Und zwar sowohl von der Gesellschaft als auch von den Flüchtlingen selbst. Sie haben Angst, weil sie wissen, daß es in diesem Land für Migranten keine Gerechtigkeit gibt. Mit Aussagen oder Anzeigen bringen sie sich nur in noch größere Schwierigkeiten oder gefährden zum Beispiel ihren Aufenthaltstatus. Das gilt für Flüchtlinge und Migranten besonders, aber auch für alle anderen, die sich in diesem Land gegen Staatsgewalt wehren. Wenn diese öffentlich gemacht wird, muß erneut mit Repressionen gerechnet werden. Auch deshalb hoffen wir, daß möglichst viele Menschen an der Demonstration in Dessau teilnehmen und öffentlich gegen rassistische Polizeigewalt und Vertuschung protestieren. Vor allem aber muß der Druck für einen Prozeß erhöht werden. Denn ohne den wird es weder Aufklärung und Gerechtigkeit noch eine Entschädigung für die Familie von Oury Jalloh geben.

Interview: Wera Richter

»Gegen rassistische Staatsgewalt, Vertuschung und Straflosigkeit«,
Demonstration am 1. April in Dessau, 14 Uhr, Hauptbahnhof,
www.plataforma-berlin.de